

Bautzen: Häftlinge streiken für Wende

Die Wende in der DDR macht auch vor den Gefängnismauern nicht halt. Im Lager Bautzen – wegen der zahlreichen politischen Gefangenen bislang Symbol für die Unmenschlichkeit des DDR-Strafvollzugs – traten am Freitag vergangener Woche zahlreiche Insassen in einen unbefristeten „Generalstreik“.

Tags zuvor hatten vier Häftlinge im Innenhof des Lagers Bautzen I vor laufender Kamera des SPIEGEL-TV ein Programm mit Forderungen verlesen:

Wir rufen zum Generalstreik auf. Ab Donnerstag, den 30.11., nimmt kein Strafgefangener mehr die Arbeit auf und verbleibt auf dem Verwahrraum, bis folgende Forderungen erfüllt sind: Generalamnestie; Gespräch mit der Presse und dem Neuen Forum sowie mit Vertretern der Modrow-Regierung; die volle Auszahlung unseres erarbeiteten Geldes; wir fordern den gesetzlichen Jahresurlaub. Sollte man unsere Forderungen nicht akzeptieren, dann treten wir in Hungerstreik.

Darüber hinaus verlangen die Streikenden die „sofortige Abänderung aller Paragraphen und Gesetze des Strafgesetzbuches, die die Würde des Menschen in Frage stellen“. Dazu zählen sie Bestimmungen des Strafgesetzbuches, die der Volkspolizei das Recht geben, Meldeauflagen sowie Reise- und Aufenthaltsbeschränkungen zu erlassen, und Pa-



Streikende Häftlinge

ragraphen über „Straftaten gegen die staatliche Ordnung“. Außerdem fordern die Häftlinge Reformen innerhalb der Gefängnisse. „Also Wende“, so einer der Protestanten, „da kann man hier überhaupt nicht von sprechen. Hier wird alles zerdiskutiert, aber geändert hat sich nichts.“

Die Häftlinge haben von den Demonstranten auf den Straßen gelernt: „Wendet bitte keine Gewalt an“, appellierten sie an ihre Zellengenossen. Und sie üben scharfe Kritik an den SED-Machthabern: „Wir arbeiten hier für Billiglohn, während die Obersten die Millionen veruntreuen.“ In Bautzen saßen „Leute für 20,30 Mark und werden kriminalisiert wegen ihrer Vorstrafen“, während „da oben diese Leute noch frei rumlaufen, die das Volk belatschert haben jahrelang, beschissen haben um Millionen“.

Oberstleutnant Dieter Sternberg, Leiter der mit rund 1800 Häftlingen belegten Anstalt Bautzen I, bestätigte gegenüber dem SPIEGEL Ende vergangener Woche die Revolte hinter den Gefängnismauern. Allerdings habe nur „ein nicht erheblicher Teil“ der Insassen „die Arbeit niedergelegt“. Sternberg: „Wir müssen jetzt erst mal mit den Gefangenen reden und müssen ihnen klarmachen: Ein Generalstreik – was bringt der?“

Teure Medienpolitik

Die Altlasten ihrer Medienpolitik kommen die Sozialdemokraten jetzt teuer zu stehen. Die Finanzbehörden verlangen von den Sozis für die jahrelange Unterstützung des im April dieses Jahres eingestellten Wochenblattes *Vorwärts* Steuernachzahlungen in Höhe von rund 700 000 Mark. Es habe sich, so die Fiskus-Beamten, nicht um einen ordentlichen, gewinnorientierten Geschäftsbetrieb gehandelt. Vielmehr sei das Blatt aus politischen Gründen gefördert worden, weshalb nun zusätzlich Steuern anfielen. Weitere 50 000 Mark soll die „Zweiwochendienst GmbH“ bekommen, die Informationen für den Schul- und Bildungsbereich herausgibt. Grund: Die SPD-Pressediens GmbH war vor vier Jahren zunächst in die Gesellschaft eingetreten, hatte sich aber bereits nach kurzer Zeit wieder zurückgezogen. Zwar gibt es, so SPD-Schatzmeister Hans-Ulrich Klose, für die Sozialdemokraten keine rechtliche Verpflichtung zur Zahlung, aber „moralische Gründe“ für eine weitere Unterstützung der Gesellschaft. Präsidiumsmitgliedern ist das allerdings noch nicht genug. Sie fordern aus Sympathie eine Hilfe von rund 100 000 Mark für den „Zweiwochendienst“ und die Zusicherung, daß die SPD kein Konkurrenzblatt im Bereich Schul- und Bildungspolitik herausgibt.



Bürgerkriegsopfer in El Salvador

Hilfe gestoppt

Die Bundesregierung stellt die Entwicklungshilfe für das vom Bürgerkrieg verwüstete El Salvador vorläufig ein. Nach der „Lawine brutaler Gewalt“, so der Dritte-Welt-Experte der Union, Winfried Pinger (CDU), die mit „der Ermordung der sechs Jesuiten einen abscheulichen Höhepunkt gefunden hat“ – das Werk rechtsextremer, regierungsnaher „Todesschwadronen“ –, hat Bonn die in diesem Monat anstehen-

den Regierungsverhandlungen ausgesetzt. Bereits früher zugesagte 50 Millionen Mark werden zunächst nicht ausgezahlt. 20 deutsche Entwicklungshelfer, die vorwiegend in Krankenhäusern, Berufsschulen und in landwirtschaftlichen Projekten tätig waren, haben mit ihren Familienangehörigen das Bürgerkriegsland bereits verlassen. El Salvador gehörte seit der Regierungsübernahme der Christlich-Liberalen zu den bevorzugten Adressaten von Bonner Hilfen.